

Fragen

für die Fragestunde der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juli 2016

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 58	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 54
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	33, 34	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	13, 14
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	3, 61	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 32
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	24
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	7, 8	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	41, 42
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59
Göring-Eckardt, Katrin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	2, 46	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	1
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Strengmann-Kuhn, Wolfgang, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	6, 53	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 40
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	4, 60	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Walter-Rosenheimer, Beate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	11, 12

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	55, 56
Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	9, 10

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	17
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	19

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung jeweils zu politisch motivierten Brandanschlägen auf zivil- bzw. behördliche Kraftfahrzeuge – in Bezug auf Ort und Zahl – im Jahr 2016 (vgl. Brandanschlag auf Auto eines SPD-Politikers, in: Berliner Morgenpost vom 28. Juni 2016, S. 1, 13)?

2. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)

Inwieweit kann der Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière die in dem Artikel „Hörmann stellt die Vertrauensfrage“ (FAZ vom 30. Juni 2016) beschriebenen Auseinandersetzungen zur zukünftigen Förderung und Entwicklung des Leistungssports in Deutschland bestätigen, und inwieweit besitzt der Abteilungsleiter Sport des Bundesministeriums des Innern (BMI) noch das uneingeschränkte Vertrauen des Bundesministers?

3. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Wie begründet die Bundesregierung die Vereinbarkeit der mit dem Integrationsgesetz geplanten Wohnsitzauflagen mit höherrangigem Recht, da diese unter anderem nur dann zulässig wären, wenn sie einer besseren Integration dienen (Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 1. März 2016, C-443 und 444/14), wogegen aber die empirischen Daten sprechen (zumindest konnte die Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 18/8766 keine empirischen Daten zur Wirksamkeit von Wohnsitzauflagen für anerkannte Flüchtlinge zum Zweck ihrer besseren Integration benennen), aber z. B. der Sachverständige Prof. Dr. Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit aufgrund empirischer Daten davon ausgeht, dass Wohnsitzauflagen zu niedrigeren Beschäftigungsquoten „im zweistelligen Bereich“ und zu anfänglich geringeren Löhnen führen (vgl. vorläufiges Protokoll der Anhörung vom 20. Juni 2016, S. 24; bitte ausführen), und inwieweit sieht die Bundesregierung bei der mit dem Integrationsgesetz geplanten rückwirkenden Regelung zu Verpflichtungserklärungen den Vertrauensschutz gewahrt bei Personen, die

im Vertrauen darauf, dass nach Auffassung jedenfalls einiger Bundesländer die Verpflichtung mit einer Flüchtlingsanerkennung endet, entsprechende Verpflichtungserklärungen abgegeben haben (vgl. Stellungnahme der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ausschussdrucksache 18(11)662, S. 4)?

4. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wie hoch war die Zahl der im EASY-System registrierten Asylsuchenden im Monat Juni 2016 (bitte neben der Gesamtzahl auch die Daten für die wichtigsten fünf Herkunftsländer, die Gesamtzahl der sechs Länder des Westbalkans, Tunesien, Marokko und Algerien gesondert nennen), und wie viele der an den bundesdeutschen Grenzen bei der unerlaubten Einreise kontrollierten Personen wurden im ersten Halbjahr 2016 zurückgewiesen (soweit vorliegend, bitte nach Monaten und den drei wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

5. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was teilt die Bundesregierung über ihre Aufklärungsbemühungen sowie deren Ergebnisse dazu mit, dass die griechische Küstenwache zusammen mit Frontex-Schiffen Flüchtlinge schon in EU- bzw. ostägäischen Gewässern mit Waffendrohung gezwungen haben sollen, auf herbeigerufene türkische Grenzschutzboote am 13. Juni 2016 (vgl. taz. die tageszeitung vom 16. Juni 2016) überzuwechseln, bevor sie Asylanträge stellen konnten, insbesondere ob Hinweise deutscher Stellen oder des deutsch geführten dortigen NATO-Flottenverbands beitrugen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

6. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Auf welche Weise werden derzeit die Krim oder den Donbass betreffende deutsche, ukrainische oder russische Rechtshilfeersuchen beeinträchtigt, wenn die zuständigen Behörden beispielsweise gegenseitig zu Beweissicherungs- oder sonstigen Ermittlungersuchen bzw. -anordnungen angefragt werden, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung zur Frage einer (womöglich auch EU-einheitlichen oder über den Europarat zustande gekommenen) Regelung, ob solche Rechtshilfeersuchen zukünftig ausschließlich über ein noch zu

schaffendes Abkommen mit Behörden in der Ukraine ausgetauscht werden sollten, oder dafür lieber bestehende Abkommen mit Russland genutzt werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen wurde seit dem Jahr 2008 die Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen infolge von illegaler Arbeitnehmerüberlassung festgestellt, und wie wurden die entsprechenden Verstöße geahndet (bitte jährlich aufgeschlüsselt und getrennt nach Geld- und Freiheitsstrafe angeben)?
8. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren die Nachforderungen hinterzogener Sozialversicherungsbeiträge infolge illegaler Arbeitnehmerüberlassung seit dem Jahr 2008 (bitte jährlich aufschlüsseln), und welche rechtlichen und faktischen Folgen hat es nach Auffassung der Bundesregierung für einen illegal entliehenen Arbeitnehmer, wenn dieser die ihm nach dem vorliegenden Entwurf des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) gegebene Möglichkeit nutzt, dem Zustandekommen eines Arbeitsvertrags mit dem Entleiher zu widersprechen, wenn der Verleiher keinen legalen Arbeitsplatz hat, also lediglich über Arbeitsplätze verfügt, die dem Zweck der illegalen Entleiher dienen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

9. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele (meldepflichtige) Wegeunfälle ereigneten sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2005 bis 2015, und wie viele davon waren tödlich?

10. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele (meldepflichtige) Wegeunfälle ereigneten sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2005 bis 2015 je 1 000 Versicherungsverhältnissen?
11. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie hoch wären nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten, wenn das in Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschriebene Menschenrecht auf freie Wahl von Wohnort und Wohnform durch entsprechende Änderungen sowohl in § 116 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) als auch in § 104 BTHG vollständig umgesetzt würde?
12. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Auf welcher fachlichen Begründung basiert die Regelung nach der eine Person in fünf bzw. drei Lebensbereichen der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit Behinderung und Gesundheit (ICF) eingeschränkt sein muss, um zum leistungsberechtigten Personenkreis zu gehören?
13. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Was war das Ziel des Gesprächs, das die Bundesministerin Andrea Nahles zusammen mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller und 15 geladenen Bürgerinnen am 30. Juni 2016 von 9:30 bis 11:30 Uhr, also zwei Tage nach dem Kabinettsbeschluss zum Bundesteilhabegesetz, durchführte?
14. Abgeordnete
Jutta Krellmann
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass bei der an das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH in Auftrag gegebenen Studie (Praxis der Einkommensanrechnung in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen vom 12. Mai 2014) zur Ermittlung der Verwaltungskosten in der Eingliederungshilfe, die zum Ziel hatte, den Aufwand der Träger der Eingliederungshilfe für die mit dem Bundesteilhabegesetz einhergehende Qualifizierung des Personals zu schätzen, nur fünf Sozialämter beteiligt waren?

15. Abgeordneter
**Dr. Wolfgang
Strengmann-Kuhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sollen Menschen, die sowohl Eingliederungshilfe als auch Hilfe zur Pflege erhalten, künftig zwei nach unterschiedlichen Methoden berechnete Eigenanteile leisten, und in welchen Fällen bzw. Fallkonstellationen wird die Doppelanrechnung greifen (bitte Beispiele nennen)?
16. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum möchte die Bundesregierung mit § 116 Absatz 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX-E (Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetz) den Trägern der Eingliederungshilfe die Möglichkeiten eröffnen, Leistungen unter der Bedingung zu erbringen, dass sie von mehreren Leistungsberechtigten gemeinsam in Anspruch genommen werden, und warum reicht aus ihrer Sicht die Möglichkeit nach § 116 Absatz 3 SGB IX-E Leistungen auf Antrag des Leistungsberechtigten gemeinsam zu erbringen nicht aus?
17. Abgeordnete
Corinna Rüffer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt die Bundesregierung die in der Begründung zum Vertragsrechtskapitel der neuen Eingliederungshilfe (Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetz) enthaltene Aussage, Leistungen müssten nicht ausgeschrieben werden, obwohl das Vertragsrechtsmodernisierungsgesetz lediglich Leistungen im sozialhilferechtlichen Dreiecksverhältnis von der Pflicht zur Ausschreibung ausnimmt, und wie soll so das angestrebte Ziel der Herauslösung der Eingliederungshilfe aus der Sozialhilfe erreicht werden?
18. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aufgrund welcher fachlichen Begründung plant die Bundesregierung gemäß § 99 Absatz 1 Satz 2 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) die Schwere oder Erheblichkeit von Behinderung durch die Anzahl der durch Teilhabebeschränkungen betroffenen Lebensbereiche zu begründen?

19. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen plant die Bundesregierung gemäß § 109 BTHG die Leistungen der medizinischen Rehabilitation auf Rehabilitationsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu beschränken und damit den Umfang der Leistungen im Vergleich zur heutigen Situation einzuschränken?
20. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum müssen Menschen, die mit dem Budget für Arbeit von einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) auf den ersten Arbeitsmarkt wechseln wollen, im Gegensatz zu Werkstattbeschäftigten ihr Einkommen und Vermögen einsetzen (§§ 138 und 140 SGB IX-E in Verbindung mit § 111 Absatz 1 SGB IX-E im Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetz), und welche Anzeizeffekte erwartet die Bundesregierung hinsichtlich der Regelungen und der Bereitschaft zum Wechsel von der WfbM auf den ersten Arbeitsmarkt?
21. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wodurch unterscheiden sich die nur für besondere Anlässe zu gewährenden Hilfen zur Kommunikation nach § 82 SGB IX-E (Gesetzentwurf zum Bundesteilhabegesetz) in der praktischen Umsetzung, z. B. in Hinblick auf die Qualifikation der Leistungserbringer und den Umfang der zu erbringenden Leistungen (z. B. Anzahl der Gebärdensprachdolmetscher), von den Assistenzleistungen zur Verständigung nach § 78 Absatz 1 SGB IX-E, und aus welchen Gründen hält die Bundesregierung diese Unterscheidung für angebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

22. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Daten zur Belastung von Honig mit Glyphosat-Rückständen liegen der Bundesregierung vor, und wie beabsichtigt die Bundesregierung eine wiederholte Überschreitung von Rückstandshöchstmengen zu unterbinden, z. B. durch ein Verbot der Ausbringung von Glyphosat während der Blüteperiode?

23. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse hat die Sitzung des für Pestizide zuständigen Regelungsausschusses vom 27./28. Juni 2016 gebracht (http://ec.europa.eu/food/plant/standing_committees/sc_phytopharmaceuticals/index_en.htm), in der es um mögliche Anwendungsbeschränkungen für den Pestizidwirkstoff Glyphosat ging, und welche Konsequenzen werden diese Ergebnisse möglicherweise für die Anwendung glyphosathaltiger Pestizide in Deutschland haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

24. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wie lang ist aktuell die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Wehrdienstbeschädigungsverfahren im Zusammenhang mit einer Radarstrahlenerkrankung vom Antragseingang bis zum Antragsbescheid, und um welche Zeitspanne konnte die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in den letzten fünf Jahren verkürzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

25. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung den ersten jährlichen Bericht über die Situation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter vorlegen, zu dem sie nach § 42e SGB VIII gesetzlich verpflichtet ist, und auf welcher Quellenbasis soll dieser Bericht erarbeitet werden?
26. Abgeordnete
**Beate
Walter-
Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer soll mit der Erarbeitung des in § 42e SGB VIII geregelten jährlichen Berichts über die Situation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter betraut werden, und soll zu diesem Zweck ein unabhängiges Institut hinzugezogen werden?

27. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen des „ZEIT ONLINE“-Artikels vom 30. Juni 2016 „Was macht ihr da mit unseren Kindern?“, dass in vielen Kitas nicht mal die Grundbedürfnisse der Kinder für eine Einführung eines Kita-Qualitätsgesetzes befriedigt werden, und wie sieht hier der Zeitplan aus?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

28. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe aus dem einstimmigen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, den generellen Ausschluss von homo- und bisexuellen Männern von der Blutspende aufzuheben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

29. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/8588 zu Frage 3 nach der durchgehenden Elektrifizierung der Südbahn und der Bodenseegürtelbahn von Ulm über Friedrichshafen bis Lindau, dass der Bund für die Realisierung „nicht zuständig sei“, obwohl er einen Finanzierungsvertrag mit dem Land hierüber abgeschlossen hat, und weshalb wird im Verkehrsentwicklungsbericht, der dem Deutschen Bundestag mit Datum vom 14. Juni 2016 zugestellt wurde, auf S. 88 ausgesagt, der Baubeginn für dieses Projekt sei „vsl. 2018“ und die Inbetriebnahme „vsl. 2021“, obwohl der Parlamentarische Staatssekretär Norbert Barthle auf meine Mündliche Frage 7, Plenarprotokoll 18/132 erklärte, es sei von einem Baubeginn im Jahr 2017 auszugehen?

30. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wo wird geregelt, welche Anforderungen Rollstühle für die Sicherheit der Menschen mit Behinderung, die im Rollstuhl sitzend in Pkw (darunter auch sog. Bürgerbusse bis 3,5 t mit höchstens neun Sitzplätzen inkl. Fahrersitz) befördert werden, erfüllen müssen, wenn die von der Bundesregierung geplante Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften lediglich fahrzeugseitige Rollstuhl-Rückhaltesysteme und Rollstuhlnutzer-Rückhaltesysteme, nicht aber Anforderungen an Rollstühle regeln soll (vgl. Bundestagsdrucksache 18/8634), und wie wird sichergestellt, dass die Krankenkassen Rollstühle finanzieren, die diese Anforderungen erfüllen?
31. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aktivitäten hat die Bundesregierung für eine Novellierung der EU-Richtlinie 2015/719 bisher entwickelt, und welche Änderungen des § 70 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung plant die Bundesregierung, um den Einsatz von Doppelgelenkbussen und Buspersonenanhängerzügen im Nahverkehr unbefristet zu ermöglichen?
32. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung für das geplante Vorhaben der Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) „Ausbau der B 247 zwischen Leinefelde und dem Andislebener Kreuz (B 176)“ bezüglich der vorläufigen bzw. der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor?
33. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie viele Stellungnahmen wurden im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan (BVWP 2030) zum Projekt A20-G10-NI-SH (siehe www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/BVWP/bvwp-2030-gesamtplan.pdf?__blob=publicationFile; bitte inklusive der Stellungnahmen zur Elbquerung angeben) eingereicht, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass dieses Projekt mit -498,8 Mio. Euro den geringsten Umweltnutzen aller untersuchten Projekte hat (siehe www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/BVWP/bvwp-2030-umweltbericht-nicht-technische-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile)?

34. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die jüngste Änderung der Schiffsbesetzungsverordnung vor dem Hintergrund des Austritts der Gewerkschaft ver.di aus dem Maritimen Bündnis (www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++63cc80fe-3a10-11e6-9c14-52540077a3af), und welche Konsequenzen zieht sie aus diesem Austritt?
35. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Planungen des Umweltbundesamtes, in Kürze eigene Abgastests unter realen Fahrbedingungen einzuführen (siehe www.tagesschau.de/wirtschaft/umweltbundesamt-abgastests-101.html), und wie bzw. von welcher Behörde wird die Bundesregierung verpflichtende Abgasuntersuchungen zukünftig durchführen lassen?
36. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern setzt sich die Bundesregierung im Rahmen des Marktanreizprogrammes Elektromobilität beim Aufbau der Ladesäulen-Infrastruktur für den Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien ein, und wie hoch ist nach Informationen der Bundesregierung der derzeitige Anteil erneuerbarer Energien bei der bestehenden Ladesäulen-Infrastruktur?
37. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung mittlerweile ein Bauunternehmen, das den Interims-Regierungsterminal des BER (Flughafen Berlin Brandenburg) errichten wird, und falls nicht, wie will die Bundesregierung eine rechtzeitige Fertigstellung sicherstellen?
38. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der jährliche Zinsaufwand, der für die FBB (Flughafen Berlin Brandenburg GmbH) insgesamt nach der weiteren Kreditaufnahme und den zusätzlichen Gesellschafterdarlehen anfällt, und kann die FBB diesen nach Kenntnis der Bundesregierung allein tragen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

39. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) über den derzeitigen antragstellerseitigen Stand der Arbeiten an Anträgen zur Zwischenlagerung der insgesamt 26 ausstehenden Castoren mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen aus La Hague und Sellafield in Zwischenlagern an Atomkraftwerke-Standorten (ggf. bitte auch mit zeitlichen Prognosen), und ggf. welche Fortschritte wurden bei etwaigen weiteren Sitzungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe (AG) des BMUB und der Energieversorgungsunternehmen zu diesem Thema seit der zweiten AG-Sitzung vom 16. November 2015 erzielt (ggf. bitte möglichst auch mit Angabe der jeweiligen Sitzungstermine und -teilnehmer wie in Plenarprotokoll 18/142, Anlage 32; dazu, dass zwischen dem 16. November 2015 und 8. Juni 2016 keine betreffende AG-Sitzung stattfand, siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 11, Plenarprotokoll 18/175, Anlage 10)?
40. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung inzwischen über die Schadenshöhe, Sicherheitsrisiken und (Innen- oder Außen-)Täter der Überflutung im Neubau des Bundesnachrichtendienstes in Berlin-Mitte durch demontierte Wasserhähne (Die Tagespresse vom 4. März 2015), und welche weitere ähnliche Vorfälle (wie z. B. die Unterschlagung bzw. das Kopieren vertraulicher Baupläne, vgl. SPIEGEL ONLINE vom 11. Juli 2011 und DER SPIEGEL vom 18. Juli 2011) ereigneten sich während der Bauzeit, die die Sicherheit des Neubaus gefährden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

41. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung in ihrer Zustimmung zum Vorschlag der Europäischen Kommission in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten bei der Migrationskontrolle und Rückführung einen sogenannten less-for-less-Ansatz (COM(2016) 385 final, S. 10) umzusetzen einen Widerspruch zu der von Bundesminister Dr. Gerd Müller am 16. Dezember 2015 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages (AwZ) getätigten Aussage, dass er „less for less“ klar ablehne, und inwiefern hält die Bundesregierung den „less for less“-Ansatz der Konditionierung für umsetzbar, obwohl Bundesminister Dr. Gerd Müller in der AwZ-Sitzung vom 16. Dezember 2015 „less for less“ als nicht umsetzbar bezeichnet hat?
42. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen sind in dem aus dem European Union Emergency Trust Fund for Africa (EUTF) finanzierten und unter Beteiligung der GIZ geplanten Projekt „Enhancing the Response to Migration Challenges in Egypt“ geplant, und inwiefern wurde die ägyptische Regierung nach Kenntnis der Bundesregierung in die Planung des Projekts miteinbezogen?
43. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gedenken die Bundesregierung und nach Kenntnis der Bundesregierung die Europäische Union (EU) im Rahmen des EU-„Better Migration Management“ in den autoritären Staaten Sudan und Eritrea „staatsfern“ Maßnahmen zum Grenzmanagement umzusetzen (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/8928), und wie stellen Bundesregierung und EU sicher, dass im Zuge der EU-Grenzmanagementmaßnahmen im Sudan, gegen dessen Präsident Omar al-Bashir ein internationaler Haftbefehl wegen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen vorliegt, die Menschenrechte geachtet werden?

44. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird von Seiten der Bundesregierung und der EU „im Rahmen der politischen Steuerung der relevanten Vorhaben“ (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Drucksache 18/8928) bei der Umsetzung der Valletta-Beschlüsse konkret sichergestellt, dass die zur Verfügung gestellte Ausbildung und Ausrüstung, die Rahmen des EU-„Better Migration Management“, nicht gegen die einheimische Bevölkerung eingesetzt werden, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass bei Projekten der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, die als Unternehmen im Eigentum des Bundes sämtlichen menschenrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland unterliegt, die Menschenrechte eingehalten werden, wenn diese Grenzmanagement auf dem afrikanischen Kontinent umsetzt?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

45. Abgeordnete
Katrin Göring-Eckardt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben die Nachrichtendienste keine oder keine bestätigenden Erkenntnisse zu den Berichten von Amnesty International, Human Rights Watch und der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zu den Schüssen an der türkisch-syrischen Grenze (AFP vom 19. Juni 2016: „Aktivisten: Türkische Grenzer erschießen mindestens acht syrische Flüchtlinge – Vier Kinder unter den Todesopfern“; dpa vom 19. Juni 2016: „Aktivisten: Türkische Grenzschrützer erschießen acht Syrer“; Reuters vom 19. Juni 2016: „Beobachter – Flüchtlinge aus Syrien an türkischer Grenze getötet“)?
46. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass nach dem von ihr vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes Suchbegriffe (Selektoren), die sich auf Einrichtungen der Europäischen Union oder auf öffentliche Stellen ihrer Mitgliedstaaten beziehen, dem sogenannten Unabhängigen Gremium zur Kenntnis gegeben werden müssen, bei sonstiger „Ausland-Ausland-Aufklärung“

eine solche Unterrichtung jedoch unterbleibt, und was geschieht, wenn das sogenannte Unabhängige Gremium einen solchen Suchbegriff (Selektor) für unzulässig hält?

47. Abgeordnete
Britta Habelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die konkreten Gründe, warum das die Bundesregierung über die Karenzzeit ausscheidender Regierungsmitglieder beratende Gremium, dessen Empfehlung bei Entscheidungen „zwingend vorliegen muss“ (siehe Antwort des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Maizière, in der Regierungsbefragung vom 4. Februar 2015, Plenarprotokoll 18/84), ein Jahr nach Verabschiedung der Gesetzesänderung noch nicht besetzt ist, und was ist die Begründung für die Verzögerungen der Entscheidung, die nach Angaben des Staatsministers bei der Bundeskanzlerin im Februar 2016 angeblich bereits „kurz vor dem Abschluss“ stand (siehe Antwort auf meine Mündliche Frage 43, Plenarprotokoll 18/154)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

48. Abgeordnete
Britta Habelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In Bezug auf welche konkrete Entscheidung im Ministerrat der Europäischen Union zu CETA möchte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein „Meinungsbild“ (geäußert am 28. Juni 2016 abends in Brüssel) des Deutschen Bundestages und in welcher Form einholen (bitte Zeitpunkt angeben)?
49. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für welches Datum ist die Beschlussfassung im Europäischen Rat über das Handelsabkommen EU-Kanada CETA terminiert, und wie genau plant die Bundesregierung die Beteiligung des Deutschen Bundestages vor dieser Ratsabstimmung?

50. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie CETA in „EU only“-Form im Rat zustimmen wird, d. h., dass sie einem Ratsbeschluss zustimmen würde, der die Europäische Kommission ermächtigen würde, CETA in „EU only“-Form zu unterschreiben (bitte begründen)?
51. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Prüft die Bundesregierung Rechtsmittel für den Fall, dass CETA als „EU only“-Abkommen abgestimmt wird, um CETA als gemischtes Abkommen einstufen zu lassen (bitte in jedem Fall begründen)?
52. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass nach einer Einstufung des Handelsabkommens CETA durch den Rat als „EU only“-Abkommen der Deutsche Bundestag und Bundesrat über den CETA-Vertragstext als solchen abstimmen, wie der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas, in seiner Äußerung, dass „in Deutschland Bundestag und Bundesrat über CETA entscheiden, was auch immer die EU-Kommission beschließt“ (<https://twitter.com/Heiko-Maas/status/748091490098884608>) gefordert hat und nicht nur eine Stellungnahme dazu abgeben?
53. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union gegen das Freihandels- und Investitionsabkommen der EU mit Kanada (CETA) stimmen, wenn dieses wie vom Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker angekündigt als „EU only“-Abkommen behandelt und dementsprechend nicht in den Mitgliedstaaten ratifiziert wird (bitte begründen), und in welchen EU-Mitgliedstaaten sieht die Bundesregierung derzeit eine Mehrheit für eine Ratifizierung gefährdet, falls es doch als gemischtes Abkommen behandelt wird?
54. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Jeweils wann genau (bitte mit Kalenderdatum) gab es seit dem 27. April 2016 Gespräche der Bundesregierung – insbesondere seitens des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums der Finanzen – mit Vertretern der Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen im

Zusammenhang mit einer Umsetzung der Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK)“ vom 27. April 2016 (bitte mit vollständiger Angabe aller jeweiligen Gesprächsparteien; zu den KFK-Empfehlungen vgl. BMWi-Webseite), und über welche dieser Gespräche wurde ein Vermerk oder Ähnliches erstellt?

55. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Welche Geldflüsse hat es nach Erkenntnissen der Bundesregierung vom Hans-Joachim-Martini-Fonds ab dem Jahr 1982, der Hans-Joachim-Martini-Stiftung ab dem Jahr 1987 sowie anderen nicht-staatlichen Stellen seit Gründung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) an Mitarbeiter der BGR sowie für Projekte und Sachmittel der BGR (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bundesanstalt-fuer-geowissenschaften-gutes-geld-fuer-steile-thesen-1.3054942) gegeben?
56. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wann und wie wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vor dem Hintergrund der Berichte, dass die Ergebnisse der BGR zumindest zum Teil Dokumente käuflicher Wissenschaft sein könnten (www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Bundesanstalt-fuer-Geowissenschaften-soll-kaeufllich-sein), einen Bericht über potentielle Korruption bei der BGR übermitteln?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

57. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Folgen hat die Aussage des Vizekanzlers Sigmar Gabriel von vor einem Jahr („Für Deutschland muss klar sein: Wer immer mit uns nachhaltige Beziehungen hat, der kann nicht das Existenzrecht Israels politisch infrage stellen“, Sigmar Gabriel, www.spiegel.de vom 19. Juli 2015) nach dem iranischen Test von Raketen aus dem Frühjahr diesen Jahres, die mit „Israel muss ausradiert werden“ beschriftet waren (www.spiegel.de vom 9. März 2016), für die Bundesregierung konkret bei eventuell anstehenden Besuchen iranischer Vertreter in Berlin (Besuchspläne bitte ggf. einzeln aufführen), und wie hat sich die Menschenrechtslage im Iran in den letzten zwölf Monaten

- in Bezug auf die Menschenrechtslage (insbesondere bei Religionsfreiheit, für Homosexuelle sowie hinsichtlich der Zahl der Todesurteile bzw. Exekutionen) entwickelt?
58. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern ist die Bundesregierung der Auffassung, dass das israelische sogenannte Transparenzgesetz Konsequenzen für die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen, u. a. auch die Arbeit der politischen Stiftungen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten und deren Kooperationspartner, hat, und wie beurteilt die Bundesregierung dies im Hinblick auf die Entwicklung der israelischen Demokratie?
59. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Visa zur Arbeitsaufnahme nach § 26 Absatz 2 der Beschäftigungsverordnung wurden bis Ende Juni 2016, das heißt in den ersten sechs Monaten seit Inkrafttreten der Regelung für Staatsangehörige der Westbalkanländer erteilt und abgelehnt (bitte jeweils für die einzelnen Auslandsvertretungen aufschlüsseln), und wie viele Anträge befinden sich derzeit jeweils noch in Bearbeitung?
60. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Was sind die Hintergründe dafür, dass bei der deutschen Botschaft in Addis Abeba ausweislich der Informationen auf der Internetseite keine Onlinebuchung von Terminen zur Beantragung von Langzeitvisa und damit auch von Visa für den Familiennachzug möglich ist und darauf hingewiesen wird, dass erst ab April 2017 überhaupt wieder Termine buchbar sein werden, und inwiefern (durch welche konkreten Maßnahmen) wird bis April 2017 der Familiennachzug für Flüchtlinge gewährleistet, die sich in Äthiopien befinden und über die deutsche Botschaft in Addis Abeba hierfür Visa beantragen wollten (bitte ausführen)?
61. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die Eröffnung eines weiteren Verhandlungskapitels in den EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei durch die Europäische Kommission vom 30. Juni 2016 ungeachtet der Aufhebung der Immunität von 55 der 59 Abgeordneten der prokurdischen HDP-Opposition, der von „Reporter ohne Grenzen“ beklagten wachsenden Repression gegen kritische Journalisten und des gewaltsamen

Vorgehens der türkischen Sicherheitskräfte in überwiegend von Kurden bewohnten Städten im Südosten des Landes von der Führung in Ankara als Ermunterung ihres repressiven Kurses im Inland verstanden werden kann, was nicht zuletzt dadurch zum Ausdruck kommt, dass just am Tag der Ausweitung der Beitrittsgespräche der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş von der Staatsanwaltschaft in Ankara vorgeladen wurde, und inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung, das „Hofieren Ankaras“ könne „nicht die Zukunft Europas sein“ (dpa vom 30. Juni 2016)?

